

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljahr 1 M 50 P, (eigere Bestellungen) bei auswärtsigen Bestellungen 1 M. Sperrungsbetrag 10 P. Subskriptions-Preis 11-1 M. Abdrucke von Beilagen 1 M. 10 P.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die gewöhnliche Zeile ober dem Raum mit 15 P. berechnet. Bei Wiederholung bedeutender Abh. Nachdruck, Redaktion und Verlagsbesitzer: Dresden, Pillnitzer Straße 43. Telefon-Nr. 112.

Sozialdemokratie — Zehnstundentag — Zentrum.

Wer hätte dies je gedacht, daß die Sozialdemokratie nach ihrem „Dreimillionensteg“ — wie sie fast täglich verkündet — so ungemein bescheiden aufzutreten würde, wie dies durch ihren neuesten Antrag betreffend Einführung des Zehnstundentages geschehen ist! Nicht nur der Zeit der Einbringung des Antrages nach, sondern auch inhaltlich hinter die sozialdemokratische Fraktion so bedeutend hinter dem Zentrum her, daß dieses wohl kaum in der Lage sein dürfte, für den ungenügenden Antrag der Sozialdemokratie zu stimmen, sondern vielmehr auf seinem eigenen Antrag beharren muß. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ist sehr geringfügig geworden und mit einer bei ihr sonst ungewohnten Rückständigkeit und Bescheidenheit bringt sie die neuesten Entwürfe ein.

Es muß für alle Zeiten festgehalten werden, wie diese bedeutenden Vorgänge sich abspielten. Sofort nach Eröffnung des neuen Reichstages war das Zentrum als erste Fraktion auf dem Platze, um durch einen eigenen Initiativantrag den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen über 16 Jahre zu fordern; wenn es hier von der Stellung des früheren Antrages, für alle der Gewerbeordnung unterstellten Arbeiter den Zehnstundentag zu fordern, abgesehen hat, so liegt der Grund ganz allein darin, daß dieser Antrag im Februar 1903 vom Reichstage nicht angenommen worden war; das Zentrum aber stellt keine ausschließlichen Anträge. Nachdem unsere Fraktion ihr Bündel von Initiativanträgen eingebracht hatte, ging die Sozialdemokratie ans Werk, um diese zu übertrumpfen, und so forderte sie den Zehnstundentag für Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr vom 1. Januar 1906 ab, den Reinstundentag vom 1. Januar 1907 ab und den Achtstundentag vom 1. Januar 1908 ab. Die Sozialdemokratie rief sich daraufhin als den „wahren Jakob aus Amerika“ in allen Gassen an; sie hatte wieder glücklich übertrumpft. Nur hatte das Zentrum sofort im Dezember 1903 in der Presse mitteilen lassen, daß es zum Reichsamte des Innern weitere Resolutionen einbringen werde; die bedenklichen Vorkommnisse in Crimmitschau bestärkten es in dem Vorhaben, den Zehnstundentag für die in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen zu fordern und es konnte wieder als erste Partei auf dem Platze erscheinen.

Da war Holland in Not! Was sollte die Sozialdemokratie tun? Ihren obigen Initiativantrag in eine Resolution umzuwandeln, das wäre ja der nächstliegende Weg gewesen; aber nein! Die Sozialdemokratie suchte lange und ging ganz zurück, weit zurück, einige Kilometer hinter das Zentrum. Sie hat den Wechsel mit dem Reinst- und Achtstundentag ganz zerissen; sie begnügt sich mit dem Zehnstundentag. Aber nicht allein dies; nein, sie will den Zehnstundentag jetzt auch nur für die Industrie; für Gewerbe, Handel und Verkehr fordert sie diesen auch nicht mehr. Damit ist sie in ihren sozialpolitischen Wünschen so bescheiden und genügsam, daß sie den Zehnstundentag nicht einmal mehr für die den Fabriken gleichgestellten Anlagen (Wersten, Bergwerke, Salinen, Banhöfe usw.) fordert, wie es das Zentrum mit aller Entschiedenheit tut!

Woher diese doppelt und dreifach auffallende Schwankung? Wenn Herr von Rollmar in Berlin sein würde, könnte man sich den Unfall noch erklären; aber so steigt Zweifel auf Zweifel auf! Haben die Revisionisten hier ge-

steht, und ist Bebel, Zubeil, Stadthagen und Hoffmann in der Fraktion unterlegen? In der nächsten Woche muß es sich ja erklären und bis dahin müssen eben unsere Leser Geduld haben.

Eins steht aber heute schon fest, daß die Sozialdemokratie mit diesem neuesten Antrag ungemein weit von ihrer früheren Stellungnahme abgerückt ist und daß sie, die himmelanstaarnde, jetzt hinter dem Zentrum rangiert. Es ist uns dieser Rückgang etwas erklärlich; in dem Moment, indem die Sozialdemokratie sich auf praktische Forderungen beschränkt, empfindet sie selbst, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht mit Siebenmeilenstiefeln marschieren kann, sondern eben ein Tempo anschlagen muß, daß das tägliche Leben noch mitmarschieren kann. Uns ist diese totale Rechtsabswendung der Sozialdemokratie willkommen, denn sie ist die beste Anerkennung der Richtung derjenigen Sozialpolitik, die seit fast 3 Jahrzehnten die Zentrumsfraktion betreibt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Herzog Friedrich von Anhalt ist Sonntag nachts 11 Uhr 20 Min. auf Schloß Ballenstedt gestorben. Der Tod erfolgte ohne Kampf nach 18 stündiger Bewußtlosigkeit inmitten der gesamten herzoglichen Familie. Die Veranlassung zu der Lähmung, die nun den Tod des Herzogs herbeigeführt hat, war ein vor acht Tagen erfolgter Sturz des Herzogs aus dem Schlitten. Der Herzog war geboren am 26. April 1831 zu Dessau, hat also ein Alter von nahezu 73 Jahren erreicht; er war vermählt mit Prinzessin Antoinette von Sachsen-Altenburg und hinterläßt drei Söhne und zwei Töchter. Der nunmehrige Herzog Friedrich ist geboren zu Dessau am 19. August 1856, gegenwärtig also 48 Jahre alt und vermählt mit Marie Prinzessin von Baden.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses hielt am Donnerstagabend das übliche Fraktionessen ab, an dem auch der Reichstagspräsident Graf v. Helldorf teilnahm. Graf Dompesch feierte das treue Festhalten der Wähler am Zentrum, das die Fraktion zu erhöhter Arbeitslust veranlasste. Aus den andern Reden hebt wir noch hervor, wie der protestantische Hospitalant der Fraktion, Freiherr von Hohenberg, diese als christliche Partei kar-exochen bezeichnete. Namens der Käffler dankte Köllinger und bat um Geduld; die Käffler würden sicher zum Zentrum kommen.

Dauer der preussischen Landtagssession. Man rechnet innerhalb der Staatsregierung mit der Dauer der Landtagssession bis weit in den Sommer hinein. Der Hauptgrund liegt darin, daß, wenn schon die große Wasserstraßenvorlage erst in einigen Wochen spruchreif werden wird, andere Glieder des des Wasserwirtschaft betreffenden Gesetzgebungsplanes, insbesondere solche, die sich auf den Schutz gegen Hochwassergefahr beziehen, voraussichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Vorlegung bereit sein werden. Da es in der Absicht liegt, sämtliche wasserwirtschaftlichen Vorlagen, wenn sie auch völlig getrennt und selbständige Gesetzentwürfe enthalten, gleichzeitig vorzulegen, so dürfte daher der Landtag erst in einem späteren Stadium der Verhandlungen in die Lage gesetzt werden, sich mit diesem wichtigsten Teile seiner gesetzgeberischen Arbeiten zu befassen, und man wird demzufolge damit rechnen müssen, daß seine Beratungen sich weiter in den Hochsommer hinein erstrecken als sonst.

Preussisches Abgeordnetenhause. Wie ganz anders sieht es im preussischen Abgeordnetenhause aus nach dem dieser Tage recht verödeten Reichstage; da zeigt sich die Wirkung der Diäten. Heute war zudem noch ein heißer Tag, da die Generaldebatte zum Etat stattfand. Der Führer der Konservativen, Graf Limburg-Stirum, hat hier einen ganz andern Resonanzboden als im Reichstage. Mit großer Beifriedigung konstatierte er den günstigen Wahlausfall für die Konservativen, gedachte des jüngst verstorbenen Eisenbahnministers Maybach und forderte dann die Erhebung von Abgaben auf Wasserstrahlen. Die neue Kanalvorlage wollen die Konservativen „ohne Befangenheit“ prüfen, was die Linke nicht glaubt, da sie sehr unruhig bei dieser Zusicherung sich gebärdete. Zum Schluß tritt er sein altes Stedenpferd und forderte ein neues Sozialistengesetz. Eugen Richter, den man im Reichstage so fallen sieht, bekämpfte mit Entschiedenheit die verschärfte Polenpolitik. Das rief den Ministerpräsidenten Graf Bülow auf das Feld, um namentlich die Polenpolitik in Ober-schlüssen zu verteidigen und auf Einzelheiten der Vorredner näher einzugehen. Der Zentrumsredner Dr. Bachem beklagte, daß an dem wieder eintretenden finanziellen Aufschwung leider die Landwirtschaft nicht beteiligt sei. Die Polenpolitik bekämpft er sehr scharf, da diese gänzlich Fiasko gemacht habe. Dann rügte er, daß die Thronebude nur materielle Dinge berührt habe und nichts über die christliche Volksschule verlaute; auch die Auswüchse der Kunst tadelt er, worin ihm Finanzminister v. Rhein-baden recht gab. Eine Veränderung im Polenkurs lehnte er jedoch rundweg ab. Kultusminister Studt sicherte für „nahe Zeit“ die Vorlage eines Volksschulunterhaltungs-gesetzes zu. Der Nationalliberale Friedberg ist mit der Polenpolitik ganz einverstanden. Nächste Sitzung am Montag mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Generaldebatte zum Etat. Schluß 4¼ Uhr.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat nun auch ihre sozialpolitischen Initiativanträge zu Resolutionen umgewandelt; sie betreffen das Ausverkaufswesen und die Lehrlingsausbildung im Handwerk; dazu kommt die neue Resolution, wonach das Invalidenversicherungsgesetz dahin geändert werden soll, daß die Rente nicht verlustig geht, wenn der Invalide zum Zwecke der Erhaltung oder Wiederherstellung seiner Gesundheit den Aufenthalt im Auslande nimmt.

Die Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber der Nachtagsforderung zur Unterdrückung des Aufstandes der Pereros gefällt nicht allen Genossen; so schreibt die „N. Fr. Presse“ in Elberfeld: „Wir müssen gestehen, daß uns der Beschluß der Fraktion nicht gefällt. Mag man auch zugleich betonen, daß unsere bisherige grundsätzliche Haltung zur Kolonialpolitik dadurch nicht alteriert werde, in Wirklichkeit ist das doch der Fall. Wir befürchten, daß das der erste Schritt ist, die Kolonialpolitik auf halbem Wege mitzumachen, etwa in dem Sinne, den Fernstein schon längst entwickelt hat. Und von da bis zur Welt- und Flottenpolitik der Freisinnigen Vereinigung ist nur ein zweiter Schritt. Unter der Begründung, welche unsere Fraktion ihrem Beschluß gegeben hat, werden sich eine ganze Anzahl weiterer Forderungen der herrschenden Klasse bewilligen lassen, welche die Partei bisher grundsätzlich abgelehnt hat.“ Auch die „Vormärker Arbeiter-Zeitung“ spricht ihr Bedauern über die Haltung der Fraktion aus. Der „Vorwärts“ aber gibt

Schweizer Brief.

Die Jahre sie kommen, die Jahre vergehn, Bekümdet ist nichts als der Wechsel. Der Wandel der Zeiten, er läßt sich erseh'n Aus der „Schweizerbriefe“ Gedrechsel.

Seit meinem letzten Briefe ist ein solcher Wandel eingetreten: das hehrste aller christlichen Feste ist vorübergezogen mit seiner Friedensverheißung, mit seinem Lichterglanz und seinem Kinderjubel; ein neues Jahr ist dem Schöße der Zeiten entkrochen, bei seinem Erscheinen hoffnungsvoll und freudig begrüßt, ist es beinahe schon „zur süßen Gewohnheit des Daseins“ geworden. Beim Schreiben der Jahreszahl ist uns die 4 hinter der Null schon geläufig, und das neue Jahr, fast schon ein guter Bekannter, führt uns auf der Lebensbahn in den altgewohnten Weisen. Die Weihnachtstimmung ist im Schwinden begriffen, das Alltagsleben mit seinem Hasten und Jagen, mit seinen Mühen und Sorgen tritt wieder in seine Rechte; die Weihnachtspoeie weicht der nüchternen Prosa des Daseins. Wir hatten diesmal in Basel nur einen Weihnachtsfeiertag, der Stefanstag war ein Werktag. Fällt nämlich der 25. Dezember auf einen Freitag oder einen Montag, so giebt es, um das Zusammenreffen von drei Ruhetagen zu verhüten, in Basel keinen zweiten Weihnachtsfeiertag. Uebrigens sind die Bestimmungen über die Feier der Festtage in den Kantonen verschieden. Der Kanton Zug z. B., obwohl er fast ausschließlich katholisch ist, hat überhaupt an keinem der hohen Feste: Weihnachten, Ostern und Pfingsten, einen zweiten Feiertag, gemiß eine Einrichtung, an die sich ein reichsdeutscher Katholik nur schwer gewöhnen kann. Auch das Fest der heiligen drei Könige am 6. Januar ist im größten Teile der Schweiz, so auch in Basel, kein Feiertag. So blieben für diesmal nur der Weihnachts- und der Neujahrstag als bürgerliche Feiertage. Im

übrigen muß man sagen, daß hier in der Grenzstadt Basel viel mehr als in der inneren Schweiz die deutsche Art der Weihnachtsfeier sich Geltung verschafft hat. Der deutsche Weihnachtsbaum hat auf seinem Siegeszug durch die Welt sich Basel vollständig unterworfen. Geht man am Weihnachtsabend durch die Straßen der Stadt, so strahlt er fast aus jedem Hause uns entgegen, ein Anblick, den man in der inneren Schweiz vergeblich sucht und der doch so anheimelnd wirkt. Auch bürgert sich hier von Jahr zu Jahr mehr die Sitte ein, am Weihnachtsabend wie in Deutschland sich gegenseitig zu beschenken, statt am Neujahrstage, wie es französischer Gebrauch und vielfach auch in der Schweiz üblich ist.

Fast jeder Verein, und deren gibt es in Basel eine Unmasse, hält seine Weihnachtsfeier ab, wobei niemals der strahlende Lichtbaum fehlen darf. Selbstverständlich sind es vor allem die deutschen Vereine, welche in ihren Vereinslokalen zusammenkommen, um mit ihren Gästen in deutscher Weise Weihnachten zu feiern. Als einer der letzten von den deutschen Vereinen hielt am 9. Januar der Sachsenverein in gewohnter Weise sein Weihnachts- und Jahresfest ab. Ein reichhaltiges, gut durchgeführtes Programm von musikalischen, geistlichen und theatralischen Darbietungen entseffelte wahre Weisheitskammer der zahlreich erschienenen Gäste und Mitglieder; selbst ein Schnellmaler fehlte nicht. Und wie kam sie denn zur Geltung, die alte sächsische Gemütlichkeit, bei der Verlosung der Geschenke und des ästweise verteilten herrlichen Weihnachtsbaumes! Und wie brach sich die Lust Bahn, als endlich in vorge-rückter Stunde der Tanz beginnen konnte! Als dann um vier Uhr früh die Stunde schlug, bis zu welcher der Tanz polizeilich erlaubt ist, da konnte sich noch niemand zum Heimgehen entschließen und nur die Hoffnung auf Wiedersehen am Nachmittage milderte das Bedauern über das

schnelle Schwinden der schönen Stunden. Es ist etwas Eigenes um das Weihnachtsgefühl, das bei dem Zusammensein mit Landsleuten aus der engeren Heimat rege wird. Am Sonntag nachmittag wurde dann der gemein-same Hummel nach einem eine Stunde von Basel entfernten Dorfe unternommen. Was war das wieder für ein gemüthliches Zusammensein bei Gesang, Spiel und Tanz! Doch bei aller Lust und Freude brach doch auch die Stimmung durch:

Gut geküßt aus weiter Ferne,
Leute Heimat, lei geküßt!

Bei Beginn eines neuen Jahres lassen die Zeitungen jeglicher Schattierung immer große Artikel vom Stapel, in welchen sie aus neue gleichsam ihr Programm entwickeln. Da wird den Lesern gewöhnlich sehr viel Schönes und Gutes versprochen. Ja, wenn das alles nur auch immer gehalten würde! Zu diesem Zwecke veranlaßt mich ein Artikel eines nichtkatholischen Basler Blattes, das in der Nummer vom 1. Januar 1904 „Zum Jahreswechsel“ u. a. folgendes schrieb: „Auf konfessionellem Gebiet ist eine schärfere Tonart Mode geworden. . . Die Mode machen wir nicht mit. An dem Weischen der verschiedenen Kon-fessionen läßt sich um einmal nichts ändern, und da halten wir es für das Beste, wenn sie in Frieden unter einander leben. Auf sozialem Gebiete giebt es noch manchen Fortschritt zu verwirklichen. Aber wir halten dafür, daß durch Verhegung hier nichts gecheffert und erreicht wird, sondern vielmehr durch ein friedliches Zusammenarbeiten aller, die guten Willens sind.“

Diese Worte sind gewiß sehr vernünftig und verdienen unsern Beifall. Ob sie aber ernst gemeint sind? In dieser Frage wird man geärgert, wenn man in eben diesem Blatte liest, daß jeder Abonnent die von Pfarrr Rein-hard verfaßte Beschrift: „Wem gehört die Zukunft? Kom